Anträge

Fachgebiet 32
Aktenzeichen: 32 Sch
Vorlage Nr.: AN/0042/2013/2

Vorlage für die Sitzung	
Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung 17.09.2013 und Verkehr	öffentlich

Beratungsgegenstand: Antrag der Ratsmitglieder Frau Birgit Formanski und Herrn Jürgen Spilles - SPD Fraktion - vom 01.02.2013 betr. Einrichtung einer Querungshilfe am Rheinbacher Bahnübergang
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen: keine
Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung: keine

1. Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Am 01.02.2013 wurde von den Ratsmitgliedern Birgit Formanski und Jürgen Spilles beantragt, eine Querungshilfe auf der Straße „Am Jüdischen Friedhof“ einzurichten. Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

Mit der Anlage von Fußgängerüberwegen am Rheinbacher Bahnübergang befasst sich auch der Antrag der Ratsfrau Ursula Schäfers – UWG-Fraktion – vom 18.06.2013, für den eine gesonderte Vorlage gefertigt wurde.

Der Antrag zur Einrichtung einer Querungshilfe (FGÜ) am neu gestalteten Bahnübergang „Aachener Straße/Am Jüdischen Friedhof“ wurde, aufgrund der Tatsache, dass es sich bei diesem Verkehrsknoten um eine Unfallhäufungsstelle handelt, bei der letzten Sitzung der Unfallkommission des Rhein-Sieg-Kreises am 19.04.2013 thematisiert.

Wegen der dort ohnehin schon sehr unübersichtlichen Verkehrssituation hat die Unfallkommission, den Antrag aus Gründen der Verkehrssicherheit abgelehnt, da durch den dann grundsätzlichen Vorrang des Fußgängers nicht sichergestellt werden kann, dass der Linksabbieger in die Straße „Am jüdischen Friedhof“ innerhalb seiner gemäß einschlägiger Vorschriften (Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO), Bahnrichtlinie 815 (Ril 815, Richtlinie für Lichtsignalanlagen (RiLSA)) berechneten Zeitspanne vor Schrankenschließung den Bahnübergang geräumt hat. Alternativ müsste das Linksabbiegen in die Straße „Am jüdischen Friedhof“ untersagt werden, sofern die R-FGÜ (Richtlinien für die Einrichtung von Fußgängerüberwegen) die Anlegung eines FGÜ anhand der örtlichen Rahmenbedingungen **zwingend vorschreibt**. Diese notwendigen

Rahmenbedingungen sieht die Unfallkommission jedoch in keiner Weise als erfüllt an. (Ein Auszug aus der entsprechenden Sitzung der Unfallkommission ist diesem Antrag als Kopie beigelegt).

Die Tatsache, dass Buslinien links in die Straße „Am jüdischen Friedhof“ einbiegen müssen, stellt einen weiteren Grund dar, das Linksabbiegen nicht unterbinden zu können.

Die örtliche Polizeidienststelle, die des Öfteren am Bahnübergang Aachener Straße Schulwegsicherung betreibt, wurde ebenfalls um eine Stellungnahme bezüglich einer eventuellen Notwendigkeit eines FGÜ an besagter Stelle gebeten.

Von Seiten der örtlichen Polizeidienststelle wird das Queren der Straße „Am jüdischen Friedhof“ für Fußgänger und Radfahrer als weitgehend unproblematisch, insbesondere durch das Stopp-Schild auf der Straße „Am jüdischen Friedhof“, gesehen. Ebenso käme es durch die weit zurückliegende Furt nicht mehr zu Konfliktsituationen mit Linksabbiegern aus der Aachener Straße in Fahrtrichtung Bahnhof. Auch diese Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle ist als Anlage beigelegt.

In einem weiteren Ortstermin am 1.8.2013 wurde kein anderes Ergebnis erzielt.

Letztendlich werden aus rechtlichen und organisatorischen Gründen, sowie aus der einschlägigen Erfahrung heraus keine rechtlichen Möglichkeiten oder verkehrstechnische Notwendigkeiten für die Einrichtung eines Fußgängerüberweges am Bahnübergang Aachener Straße gesehen.

Rheinbach, den 06.08.2013

gez. Unterschrift
Peter Feuser
Fachbereichsleiter

gez. Unterschrift
Kurt Strang
Fachgebietsleiter

Anlagen:

1. Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung der Unfallkommission am 19.04.2013
2. Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle